

Selbstverdrängung, selber verdrängen und die Widersprüchlichkeit von Freiräumen:

Beobachtungen und Gedanken zur Paneldiskussion vom 5. November 2010 im Berliner Watergate-Club zur BerMuDa 2010 (3-6. November 2010)

Panelthema: "Die Berliner Techno-Szene zwischen attraktiven Lebens- und Arbeitsformen, Stadtpolitik und Investoren"

Link 1: <http://www.berlin-mitte-institut.de/panel-diskussion-zur-bermuda-2010-die-berliner-techno-szene-zwischen-attraktiven-alternativen-lebens-und-arbeitsformen-investoren-und-stadtpolitik-im-watergate-1930-05-11-2010/>

Link 2: <http://www.berlin-mitte-institut.de/mitschnitt-ueberlegungen-paneldiskussion-bermuda-2010-watergate/>

Link 3: <http://bermuda-berlin.de/showcases/articles/panel-diskussion.html>

Von Jan-Michael Kühn (jankuehn (at) gmx.net), 1. Dezember 2010

Ursprünglich wollte ich in diesem Text die Positionen der einzelnen Panel-Teilnehmenden zusammenfassend darstellen. Beim Durchhören des Mitschnitts wurde mir aber klar, dass dies in diesem Kontext nicht zufriedenstellend (für mich und die Teilnehmenden) geschehen kann. Die vollständige Diskussion kann aber online auf Soundcloud nochmals gehört und (hoffentlich) auch diskutiert, weitergeleitet und an andere Stelle aufgegriffen werden. Somit beschränke ich mich auf ein paar Gedanken, die ich aus der Paneldiskussion, den Vor- und Nachgesprächen und meiner Szeneteilnahme *für mich* hervorhebe. Da besonders die Aspekte der szeneseitigen Verdrängung – als eine Komponente des Großphänomen "Verdrängung" - während des Panel kaum debattiert wurden, widme ich mich dem im letzten Abschnitt des Textes verstärkt. In der Auseinandersetzung mit dem Thema wurde für mich deutlich, dass es sich um kein isoliertes Phänomen handelt, welches konsequenzlos gehandhabt werden kann. Von Verdrängung sind verschiedene Bevölkerungsgruppen in unterschiedlicher Weise betroffen, indem sie Verdrängung schaffen und (teils unabsichtliche aber akzeptierte) problematische Konsequenzen füreinander dabei produzieren. Kurzum: Verdrängung scheint ein Phänomen zu sein, in welchem sich gesellschaftliche Widersprüche und Interessenskämpfe als konfliktreiche Probleme der modernen ausdifferenzierten und stets individualisierenden Gesellschaft verstehen lassen.

Zuerst werde ich erläutern, wie es zum Thema und der Fokussierung der Paneldiskussion kam. Anschließend werde ich in kurzen Abschnitten ein paar Erkenntnisse aus der Diskussion aufgreifen (Das Verhältnis von Stadtpolitik und Techno-Szene, Heterogenität von AkteurInnen, der wi-

dersprüchliche Freiraumbegriff, das „Pionierdilemma“) und schließlich ein paar Gedanken zu den Aspekten der Selbstverdrängung und des Selbserverdrängens darlegen.

Entstehung der Paneldiskussion

Dieser Abschnitt dient dazu das Panel samt Thema und Schwerpunkt durch eine kurze Retrospektive seiner Entstehung nachzuvollziehen. (In diesem Textabschnitt: Wir = Steffen Hack & Jan Kühn, Ich = Jan Kühn)

Im April 2010 kontaktierte Uli aus dem Watergate Matthias Kandel - meinen Co-Moderatoren beim Berlin Mitte Institut - , ob wir zur Bermuda 2010 gemeinsam was machen wollen. In einem Gespräch unter acht Augen kristallisierten sich gemeinsame Interessen und auch Überzeugungen bezüglich der Techno-Szene heraus (Wirtschaftsfaktor, Standortfaktor, alternative Lebens- und Arbeitsformen, ...) Im Juli bekam ich das fertige Bermuda-Konzept zugesendet, woraufhin ich einige Anmerkungen zurück ans Watergate-Büro schickte. Daraufhin traf ich mich mit Steffen Hack, dem Watergate-Besitzer und Bermuda-Chef, um gemeinsam ein Konzept für eine Paneldiskussion auszuarbeiten. Bei dem Gespräch wurde klar, dass Steffen direkte politische Eingriffen seitens des Senats in die Techno-Szene als illegitim versteht, und das Festival "Berlin Music Week" (BMW) als durch die Stadt geförderte Konkurrenz zu seinem eigenen Festival "BerMuDa" (BMD) sieht. Zudem bediene die BMW die Kapitalinteressen szeneferner Investoren und passe strukturell nicht zur lokalen Techno-Szene. Die Stadt solle fördern, aber nicht schaffen. Auch kritisierte er die Struktur der Berlin Music Week im Vergleich zu den BMD, da diese musikalisch zu offen sei (viele verschiedene Musikstile werden unter einem Label vermarktet, die Eigenheiten der Techno-Szenen würden untergehen) und die Berliner Musikszene sich nicht in Messehallen treffen müsse, sondern an Orten der Szenegeschehen in den Berliner Clubs. Er kritisierte auch die Stadt für ihre Haltung mit den lokalen Szenen zu werben, aber sie vor der Verdrängung durch InvestorInnen und Immobilienwirtschaftenden nicht zu schützen.

Diese Position diene als Grundlage zur Ausarbeitung des Panelkonzept. Mit der Idee, dass "die Politik" über Zwischenorganisationen wie die BMW direkt Einfluss auf die Szene nimmt, wurde das Panel strukturiert (eine Annahme, die sich im Laufe der Diskussion als fraglich herausstellte): Andrej Holm (bzw. Bastian Lange, der krankheitsbedingt absagte) diene als wissenschaftlicher Experte (siehe auch seinen [Gentrification-Blog](#)), der Begriffe klar definieren und aktuelle Forschungsstände darlegen könne. Ein Vertreter aus der Politik wurde geladen (Klaus Lederer), um zu Beschreiben, wie "die Politik" zur Techno-Szene steht, wie sie gedenkt diese zu fördern und

zu erhalten. Klaus machte auch früh klar, dass es "die Politik" nicht gibt, sondern das ein Feld unterschiedlicher AkteurInnen ist. Zusätzlich lud ich Raimund Reinjtes ein, welcher bereits lange Aktivist in der Techno-Szene ist, Clubs führte, Veranstaltungen organisiert und bereits viele Erfahrungen in Auseinandersetzung mit Stadtpolitik, ImmobilieneigentümerInnen und InvestorInnen hatte, um eine weitere Erfahrungsstimme aus der Szene aufs Panel zu bekommen. Außerdem Olaf Kretschmar - langjähriger Szeneaktivist, Clubbetreiber, Mitbegründer und Mitleiter der Berlin Music Week, Berlin Music Commission (und andere ...), den wir als jemanden einstufte, der (idealerweise) politische Vorstellungen im Auftrag der Stadt in der Szene umsetzt. Wie bereits oben erwähnt, stellte sich das bereits im Vorgespräch mit Olaf und dann auch während der Diskussion anders dar.

Somit war die Idee des Panel fertig: Ein konkreter Konflikt (BMD vs. BMW) sollte mit allgemeineren, abstrakteren Deutungen und Entwicklungen (Gentrifizierung, städtische Standortkonkurrenz, ...) diskutiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In Interaktion zwischen Beschreibungen der geladenen Szeneakteure, Interpretation und Wissen des Experten sollten Positionen und Argumentationen für die Öffentlichkeit aufbereitet und verständlich gemacht werden. Alles wurde aufgezeichnet, um die Diskussion auf der Grundlage hinaus in die Welt zu tragen und die Dynamiken um Verdrängung besser und am Beispiel verständlich zu machen. Ziel war nicht das Finden von Lösungen, sondern das nachvollziehbare Darlegen von Positionen, Aufzeigen von Komplexität, Nachvollziehen von unterschiedlichen Interessen und daraus resultierende Wahrnehmungsunterschieden. Mit der Aufzeichnung des Panel soll eine öffentlich diskutierbare Grundlage geschaffen werden, die das diskursive Feld rund um Szene und Verdrängung allgemeiner "zugänglich" macht.

Was mir deutlich wurde ist, dass die marktförmigen und konfliktreichen Szenedynamiken selbst (siehe Selbstverdrängung und selber verdrängen unten) in der Szene schwer zu thematisieren sind. In der Diskussion wurde deutlich, dass SzeneakteurInnen ihr eigenes grundsätzliches Handeln (zunehmende Wahlfreiheiten, Internationalität, Vergemeinschaftung nach Interessen, ...) selten in Frage stellen [eher forcieren], und stattdessen Forderungen an externe politische Lösungen (z.B. Regulierung von Miet- und Bodenzins, Bereitstellung von "Freiräumen") stellen, um Konflikte zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Stadtpolitik und Techno-Szene

Bereits am Anfang und später im Laufe der Diskussion wurde durch Olaf Kretschmar deutlich, dass eine Annahme, die dem Konzept der Panel-Diskussion zugrunde lag, kaum haltbar scheint: Die

Idee, dass "der Senat" oder "die Stadt Berlin" über Intermediäre wie die BMW oder Berlin Club Commission (BCC) ihre Interessen direkt in der Techno-Szene umsetzt. Stattdessen sind AkteurInnen aus BMW/BCC selbst welche, die sich aus der Techno-Szene rekrutieren, Clubs betreiben und Partys veranstalten. Sie bringen Ideale und Interessen mit in ihre Arbeit, die sie umsetzen möchten und sich über öffentlich beantragbare Fördergelder der Stadt, Eigenanteile und Mitgliedsbeiträge finanzieren. Ihr Ideale aber (für eine kurze Selbstbeschreibung siehe [hier](#)) passen zu gängigen Vorstellungen einiger Stadtpolitiker und Stadtvermarktungs-Organisationen ([Berlin Tourismus Marketing GmbH](#), [BeBerlin](#)), die jegliches Leben und Arbeit, welches mit der Eigenschaft "kreativ und alternativ" verbunden wird, als wirtschaftlichen Standortfaktor der Stadt Berlin betrachten. An dieser Stelle machten Klaus Lederer und Andrej Holm darauf aufmerksam, dass die Techno-Szene vermutlich nur als "weicher" Standortfaktor zu sehen ist, da es langfristig darum gehe arbeitsplatzschaffende und finanzstarke Großorganisationen anzulocken.

Somit ist die Kritik an der BMW eher als ein Konflikt zwischen Akteuren aus der Szene zu verstehen, also ein Konflikt von politischen Eingriffen seitens der Stadt mit der Berliner Techno-Szene. Nichtsdestotrotz, sollte aber nicht vergessen werden, dass die Berlin Music Week (Messeevent mit unselektivem Spektrum) und Berlin Music Days (Club/-Festival-Events mit eher selektiver Ausrichtung) sich konzeptuell unterscheiden und damit auch andere Attraktivitätsfolgen produzieren. Fraglich bleibt auch, ob Ansätze, welche die Komplexität und Vielfalt von Szenen auf ökonomische Aspekte reduzieren (Standortfaktor und Wirtschaftsfaktor, die Forcierung der internationalen Positionierung der Berliner Techno-Szene) tatsächlich der Vielfalt der Interessen und Lebenswirklichkeiten von AkteurInnen in der Techno-Szene gerecht werden. Die Orientierungen sind vielfältig (z.B. von "Business", über dezidiert politisch-subkulturell, viele Mischformen, bis hin zu eher solidarisch orientierten "Feiergemeinschaften", für letztere siehe [Anja Schwanhäuber's](#) Ethnografie). Nicht alle möchten als Standortfaktor begriffen werden, sind aber den Folgen einer ökonomisch orientierten Standortpolitik mehr oder weniger stark ausgeliefert. Andrej Holm machte darauf aufmerksam, dass man sich kaum über Gentrifizierung beklagen könne, wenn man sich selbst als Standortfaktor versteht und öffentlich anziehungsstark vermarktet.

Heterogenität der AkteurInnen

Deutlich wurde auch, dass es schwierig zu sein scheint von "der Techno-Szene" oder "der Politik", "dem Senat" usw. zu sprechen. Vielmehr bestehen diese Felder aus heterogenen AkteurInnen, die unterschiedliche Interessen, Schwerpunkte und Ideale teilen sowie unterschiedlichen Notwendigkei-

ten ausgesetzt sind. Gleichzeitig vereint diese eine diffuse Form von Gemeinschaft, die sich um die Praxis der Techno-Erlebnisse auf Events und der Produktion und Konsumtion der musikalischen Praxis Techno „drehen“. Insbesondere der Szenebegriff ("Interessensbasierte, freiwillige Vergemeinschaftung", [Ronald Hitzler](#)) scheint nur bedingt geeignet, da dieser die komplexen Abhängigkeiten und Hierarchien der Szenewirtschaft nicht berücksichtigt. Die Produzierenden der Szeneinhalte (Club-BetreiberInnen, DJanes, VeranstalterInnen, ...) betreiben dies häufig erwerbsmäßig, bewegen sich also in Abhängigkeiten, die sich aus allgemeineren Zusammenhängen herleiten: Die Abhängigkeit von Konsumprodukten und damit auch von Einkommen. Einkommen erwerben sie, indem sie Szeneinhalte auf stark vermarktlicher Basis (Wettbewerb) für launische, pluralisierte Interessengemeinschaften aus KonsumentInnen produzieren, dabei gleichzeitig Erwartungshaltungen reproduzieren als auch Besonderheiten schaffen müssen, die sie idealerweise von anderen Wettbewerbern hervorheben. Sie folgen dabei Leistungsprinzipien ("Popularität, Hipness") und konkurrieren als auch kooperieren untereinander. "Szenewirtschaft" muss hier von "Szene" unterschieden werden, obwohl sich die AkteurInnen der Szenewirtschaft i.d.R. aus der Szene rekrutieren und auch während ihrer Erwerbstätigkeit nicht von ihr trennen.

Für die "Politik" und "den Senat" machte Klaus Lederer die Heterogenität deutlich, indem er auf die Pluralität an Interessen und Überzeugungen aufmerksam machte, die in der Stadtpolitik existieren. Es ließe sich kaum von einer deutlichen oder einheitlichen Stadtpolitik sprechen, da auch diese auf "Interessenkämpfen" der jeweiligen AkteurInnen und Bevölkerungsgruppen basiert, welche unterschiedlich mächtig ihre Interessen einbringen (können). Möchte man seine Interessen durchsetzen, so Lederer, muss man sich organisieren, Initiativen und Bündnisse schließen und nach Verbündeten in der Politik suchen.

Das „Pionierdilemma“ und das Verdrängtwerden

Verdrängung in der Techno-Szene wird von vielen als "[Pionierdilemma](#)" verstanden. StudentInnen, WissensarbeiterInnen und LebenskünstlerInnen ("Pioniere") finden an urbanen Orten zusammen, die für sie passende Lebensbedingungen (günstige Mieten und Versorgung, eine Vielzahl alternativer Kulturangebote, Hochschulen, usw.) bieten. Durch ihre Tätigkeiten machen sie die Wohngegend für höhere, finanzstärkere Schichten und Milieus interessant, die sich in der Regel auch aufwendigere Bedürfnisse bezüglich ihrer Lebens- und Wohnqualität auszeichnen. Durch ihren Zuzug und damit höhere Nachfrage steigen nicht nur die Mieten, auch Immobilienwirtschaftende stellen sich auf die Zuziehenden ein und stellen zunehmend spezialisierte Angebote bereit, die kaum die Be-

dürfnisse der Pioniere ansprechen, noch von ihnen im Rahmen ihres normalen Lebens bezahlt werden können. Somit kommt es zu einer langsamen Auswechslung der Bevölkerung einer Wohngegend, die als "immobilienwirtschaftliche Verdrängung" verstanden wird.

An dieser Stelle wird häufig gefordert eine politische Regulierung seitens der Stadt einzuführen, wie z.B. "Höchstpreise" für Mieten und den Verkaufsquadratmeter oder die Sicherstellung von "Freiräumen" in urbanen, vorzugsweise zentralen Räumen. Aufgrund der Heterogenität ist es aber erstens problematisch kollektive Interessen zu formulieren und zweitens, die Konsequenzen der politischen Entscheidungen für jene zu berücksichtigen, die nicht den InvestorInnen, Immobilienwirtschaftenden oder Techno-Szene-AkteurInnen/Kreativen/LebenskünstlerInnen zuzurechnen sind: Menschen, die durch kreative Wissensarbeit, daraus resultierenden technologischen Fortschritt, schnellen Wandel, geringe politische Präsenz und Lobby, geringe Mobilität oder Verfall von Fähigkeiten gesellschaftlich ausgegrenzt werden: Geringqualifizierte, teilweise MigrantInnen, untere Schichten, usw.

Widersprüchliche „Freiräume“

Im Laufe der Diskussion kam aus dem Publikum die Nachfrage, was die Panelteilnehmer als "Freiraum" verstehen. Dabei wurde klar, dass die Situation zu Anfang der 1990ern, dem "Wilden Westens des Ostens" kaum mehr gültig ist. Damals herrschten aufgrund der Wende undeutliche Besitzverhältnisse, viele Räume wurden einfach für Veranstaltungen aus der sich gerade bildenden Szene besetzt. Diese Möglichkeiten sind aber weitestgehend verschwunden, da die Besitzverhältnisse mittlerweile geklärt sind. Da seit den 1990ern aber immer noch ein Ideal der verrückten, einzigartigen Location für die Techno-Erlebnisse sehr relevant ist (nicht zuletzt auch ein hervorragendes Marketinginstrument im Wettbewerb um die Techno-KonsumentInnen darstellt), einigen sich viele VeranstalterInnen mit EigentümerInnen oder eigenen geschaffenen Organisationen der Stadt Berlin ("Zwischennutzungsagentur") auf befristete Nutzungsverhältnisse, der "moderne Freiraum" (siehe auch [Sabine Vogt](#) und [Party! Hard! Work!](#)).

Von den meisten Akteuren auf dem Panel wurde ein "Freiraum" als Raum verstanden, in welchem AkteurInnen ohne Angst vor Verdrängung oder ökonomische Zwänge "frei" handeln können. Da es diese nicht mehr gibt (jeder Quadratmeter in der Stadt gehört jemandem und auch die Besitzverhältnisse sind weitestgehend bis auf Ausnahmen geklärt), sollen diese durch die Politik gesichert (z.B. gekauft und zur Verfügung gestellt) werden. Hier wird der widersprüchliche Charakter des Begriffes "Freiraum" deutlich:

1. Freiräume wären dann nur etwas für privilegierte AkteurInnen, die ökonomisch anderweitig abgesichert sind. Aber gerade ihr alternatives Leben und Arbeiten, ihre neuen biografischen Entwürfe jenseits großer Karrieren in groß- und mittelständischen Unternehmen sollen ihnen auch ihre Existenz sichern. Somit stehen AkteurInnen, wollen sie sich ihrem alternativen Leben und Arbeiten ganz widmen, zwangsläufig vor dem Problem aus ihrem Schaffen Kapital zu erwirtschaften oder die Freiräume anderen ökonomisch abgesicherten AkteurInnen zu überlassen.
2. Zweitens ist ein Freiraum in einem großstädtischen Ballungsraum, in dem Besitzverhältnisse geklärt sind, ein politisch geschaffener und gesicherter Freiraum, der für bestimmte Tätigkeiten abgegrenzt werden würde. Die Exklusion bestimmter ökonomischer Aktivitäten – insofern diese sich überhaupt einwandfrei trennen ließen – wäre also gerade keine Freiheit, sondern ein Ausschließungsmechanismus, der politisch gesichert wird. Kurzum: Freiraum gerne, aber für wen (welche Bevölkerungsgruppen) nicht?
3. Auch stellt sich die Frage wie festgelegt wird, wer solche Freiräume nutzen darf und wie begründet wird, die Freiräume nicht verwertend für die Stadt zu nutzen. Wäre es von der Stadtpolitik "fair" gegenüber anderen, lebenskünstlerisch fernen Bevölkerungsgruppen (A), den Lebenskünstlergruppen Freiräume zu sichern, deren verfallender Mietzins den anderen Bevölkerungsgruppen (A) fehlen würde? Die Nachfrage nach "Freiräumen" scheint groß und zunehmend, sodass der Kampf und Konflikt um politisch gesicherte Freiräume anschließend vielleicht zwischen den SzeneakteurInnen selbst geführt und durch große soziale Ungleichheiten entschieden werden würde, insofern die Stadt (oder eine andere AkteurIn) keinen nachvollziehbaren Regulationen einsetzt, anhand derer die Nutzung der „Freiräume“ verteilt werden würde.

Selbstverdrängung und selber verdrängen – Dynamiken von "Szene"

Szenen können – zugespitzt formuliert – aufgrund ihrer lockeren und liberalen Verfasstheit als effektiv funktionierende Märkte mit gesamtgesellschaftlicher (aber ohne szenespezifischer) Regulierung verstanden werden. Große Mengen an Nachfragenden suchen sich launisch ihre Erlebnisse aus den vielfältigen Angeboten heraus, welchen die Produzierenden einer teilweise entkoppelten "Szenewirtschaft" der Szene regelmäßig und erwartbar bereitstellen. Dabei konkurrieren sie untereinander um die Nachfragenden und versuchen sich mit einem stets besonderen Angebot von den anderen MitbewerberInnen abzuheben. Sie sind strukturell bereits darauf ausgelegt viele (mehr oder weniger

selektiv, siehe unten) Menschen anzuziehen, egal woher. An der Struktur der Szeneteilnehmenden lässt sich das gut nachvollziehen: Sie ist geprägt von Internationalität und dem Zuzug nach Berlin. Seien es Studierende oder LebenskünstlerInnen – ihre individualistischen und hedonistischen Lebensvorstellungen lassen sich in der Berliner Szene vorzüglich verwirklichen, was viele zum Umzug nach Berlin motiviert. Damit sorgen sie nicht nur für einen stetigen Zuzug an Erneuerungspotential, auch spitzen sie die lokale Wettbewerbssituation für die AkteurInnen zu. Diese sind in besonderem Maße (aber nicht nur, siehe Distinktion) gut ausgebildete und mit hervorragenden Chancen ausgestattete AkteurInnen aus dem mittel-/oberschichtigen Kleinbürgertum (siehe [Anja Schwanhäußner](#)). Aber auch ihre Bedürfnisse ändern sich im Verlauf der Jahrzehnte, wie es sich am Prenzlauer Berg nachvollziehen lässt. Aus früheren LebenskünstlerInnen der Nachwendezeit wurden AkademikerInnen, die Kinder bekommen, nun andere Lebenswirklichkeiten präferieren und dementsprechend auf ihre Umwelt Einfluss nehmen.

Auch haben die Kreativen und LebenskünstlerInnen viele angestammte Anwohner aus ihren Kiezen an den Rand verdrängt, die mit der neuen Infrastruktur aus Bars, Clubs, Cafes, neuen Geschäften, steigenden Preisen und "Lärm/Straßengewusel" wenig anzufangen wissen und sich ihre Mieten aufgrund gesteigerter Nachfrage (Zuzug der „Kreativen“) nicht mehr leisten können und wollen. Insbesondere Prenzlauer Berg und Friedrichshain zeugen von einer Verdrängung der angestammten alteingesessenen Anwohner seit Anfang der 1990er, der mit einem Prozess der Aufwertung und Verdrängung durch die Pioniere selbst einher ging. Somit scheint die derzeitige Gentrifizierungsdebatte um die Verdrängung der Kreativen das politische Resultat gebildeter und politisch kompetenter Schichten/Milleus zu sein, die versuchen, ihre Interessen zu sichern, sozusagen eine Gentrifizierungsstufe als legitimen und schützenswerten Dauerzustand zu definieren, sich gegen die folgende zu wehren, und andere vorausgegangene Gentrifizierungsstufen auszublenden.

In der Techno-Szene herrschen harte und besonders marktlich regulierten Leistungsprinzipien von Popularität und Hipness. Je populärer ein DJ, ein Track oder ein Club ist – desto erfolgreicher, prestigereicher und ökonomisch lohnenswerter ist er. Solidarität existiert vor allem in Form von Kooperation, von der alle Akteure "win-win" etwas haben – ohne "win-win" läuft aber häufig wenig Altruistisches - bis auf freundschaftliche Beziehungen und Dienste. Hin und wieder eine Demonstration oder Teilnahme an Spendenaktionen, die einige AkteurInnen auch gekonnt nutzen, um ihr Szenekapital zu erhöhen. Aus diesen Leistungsprinzipien erwachsen weit auseinander klaffende Hierarchien an DJanes, VeranstalterInnen, Tracks, Clubs, etc. Die sogenannte "Winner take it all"-Eigenschaft liberalisierter Märkte sorgt dafür, dass wenige an der Spitze hervorragend verdienen,

während eine große Masse mehr oder weniger gut zurechtkommt – bis hin zu vielen, die kaum von ihren Tätigkeiten in der Szene leben können und prekäre Arbeitsverhältnisse (die bei den Gentrifiern kritisiert werden, z.B. Medienkonzernen) somit der normale Modus der Szenearbeit darstellen. Um ihre Existenz und ihren Standard zu sichern, schotten Akteure ihr Potential gegenüber anderen ab und versuchen sie strategisch von ihren Kapitalia auszuschließen. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die immer wieder kritisierte aber trotzdem von den SzeneakteurInnen reproduzierte Politik von Clubs, KünstlerInnen und Labels an sich zu binden und möglichst von anderen Auftrittsmöglichkeiten in Berlin auszuschließen, um deren Popularitätskapital in Berlin für sich alleine zu kultivieren.

Die Struktur der Geschmacksvergemeinschaftungen bringt über das Bedienen verschiedener Interessen und Geschmäcker unter der Herrschaft der musikalischen Praxis Techno auch vielfältige Formen von Distinktionen hervor, bei denen es häufig darum geht "unter sich" zu bleiben und andere auszuschließen. Verschiedenste Subszeneen aus gemeinsam geteilten Merkmalen bilden sich heraus, da sie sonst im Club aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit kaum gemeinsam „Spaß“ haben könnten, so Steffen Hack. Der Wille, sich von anderen zu unterscheiden durchzieht verschiedenste Dimensionen: Musikgeschmacklich, lebensstilistisch, milieuspezifisch, schichtenspezifisch, organisatorisch bis hin zu rassistischen Tendenzen. Besonders deutlich wird das an der sogenannten "Tür" eines Clubs. SelekteurInnen haben die Aufgabe die "Spreu vom Weizen" zu trennen, das Technopublikum klassifiziert sich, Tracks oder Orte wechselseitig gerne als "prollig", "atzig", "Marzahner", "Brandenburger", "Schickimicki", "zu jung", "zu studentisch", "zu szenig", "zu alt", "zu hip", "zu uncool", "zu kommerziell" bis hin zu "zu undergroundig" usw. Man möchte sich häufig mit Menschen, Tracks oder Orten solcher Eigenschaften nicht identifizieren oder mit ihnen Erlebnisse teilen, sodass feine sozialräumliche, "subszeneige" und zunehmend anschlussunfähige Segregationen entstehen. Und solange die SzeneakteurInnen sich frei entscheiden wohin sie ausgehen und mit welchen Leuten "einer bestimmten Art" sie sich vorzugsweise auf Veranstaltungen treffen, stimmen sie den Folgen ihres Handelns auch weitestgehend zu – es geht schließlich im ihren Spaß, der eigentliche und ursprüngliche Grund der Szeneteilnahme.

Bis zu dem Punkt, an dem sie ihre Interessen gefährdet sehen, z.B. durch Gentrifizierung. Inwiefern aber genau dieser Prozess auch Ergebnis ihres Handelns ist, scheint mir in der Szene nur schwer thematisierbar. Die "unbeabsichtigten Folgen absichtsvollen Handelns" scheinen erst dann zu stören, wenn eigene Sicherheiten in Gefahr sind – aber nicht die *der anderen*. So widersprüchlich das auch sein mag, scheinen dies schlicht die strukturellen Folgen von über gemeinsame Interessen und Themen freiwillig vernetzten AkteurInnen zu sein, die diese Folgen für sich und andere mitpro-

duzieren, sich selbst aber gerne von ihnen ausnehmen möchten. Klaus Lederer formulierte dazu auf der Paneldiskussion einen Satz, wie er widersprüchlicher für Szenen kaum sein könnte: ~ "Man solle nicht für die eigenen Freiräume kämpfen, sondern für die der anderen."

Mit diesem Begriff des "Business" wird auch deutlich, dass auf Seiten der Szenewirtschaft viele Abhängigkeiten herrschen, die andererseits andere Abhängigkeiten (z.B. Arbeit für Einkommen) bedienen: Der Wettbewerb mit anderen Veranstaltungen um die launischen ClubgängerInnen, das Bezahlen von Miete und Personal. Olaf Kretschmar merkte an, dass ohne die besuchenden TouristInnen weitaus weniger Clubs und AkteurInnen in der Techno-Szene arbeiten könnten – die gesamte Berliner Techno-Infrastruktur also bereits von einem großen Menschenumsatz und hoher Anziehungskraft abhängt. Somit bewegt sich die Techno-Szene bereits in einem komplexen Netz aus Abhängigkeiten, welche sich einerseits aus allgemeinen Zusammenhängen der Gesellschaft ableiten (Individualisierung, Interessenvergemeinschaftungen, Konsumgüterabhängigkeit, usw.) und andererseits daraufhin durch die AkteurInnen selbst fabriziert, aufrecht erhalten, ausgebaut und auch verteidigt werden.

Schluss

Mir scheint somit, dass einige zentrale Facetten von Verdrängung bereits in der Struktur von Szenen selbst – und damit im grundsätzlichen absichtlichen Handeln der SzeneakteurInnen – angelegt sind. Daraus resultierende (unbeabsichtigte oder als legitim erachtete) Handlungsfolgen, die für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Subszenen auch zwangsläufig unterschiedliche Auswirkungen haben, scheinen aufgrund der Komplexität im Herstellen von Zusammenhängen, nur schweren Nachvollziehbarkeit, generellem Desinteresse oder auch stark ausgeprägten Eigeninteressen der AkteurInnen nur schwer öffentlich thematisierbar.